

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlags- und Druckerei: Nachrichten Dresden.
Hauptredaktion: Postfach 25 241
Telefon: 20011.

Bezugs- und Anzeigen-Preise. In Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung durch die Post bei täglich zweimaligen Besuchen monatlich 7,75 M., vierteljährlich 23,25 M. Die einmalige Lieferung 2,50 M. Auf Familienanfragen, Anzeigen unter 20 Zeilen u. Wohnungsanzeigen 1/2paltig 50% u. Verträge 25%. Bezugsplätze laut Tarif. Zusätzliche Aufträge gegen Vorauszahlung. Einzelnummer 4 Pf.

Schriftleitung und Schriftsetzerei: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden.
Vertriebs-Konto 1088 Dresden.

Wer führt und expediert Reisegepäck und Expressgut von und nach den Personen-Bahnhöfen Dresdens? — besorgt Fahrkarten zu allen Zügen? — besorgt dem reisenden Publikum Autos? — erledigt Aufträge jederzeit per Express-Auto?

Amtliche Wer versichert von Haus zu Haus zu vorteilhaftesten Bedingungen? — übernimmt am Hauptbahnhof und Neustädter Bahnhof Einstellung von Fahrrädern und Gepäckstücken? — erledigt alles prompt und zuverlässig?

Expres- und Gepäckfahrt

Dresden-A., Hauptbahnhof — Fernruf 18323, 19884 G. m. b. H. Dresden-N., im Personen-Bahnhof — Fernruf (18323)
Geschäftszeit: 7 Uhr früh bis 11 Uhr nachts. Sonntags: 7 Uhr früh bis 1 Uhr mittags Geschäftszeit: 7 Uhr früh bis 5 Uhr abends. Sonntags: 7 Uhr früh bis 12 Uhr mittags

Reichsregierung und verzögerte Entscheidung

Bekanntgabe der Entscheidung nicht vor Ende des Monats?

(Eigene Information der „Dresdner Nachr.“)

Berlin, 18. Okt. Der interfraktionelle Ausschuss fertigte heute mittag 11 Uhr seine gestern unterbrochenen Beratungen in der Reichstagskammer fort. In unterrichteten Kreisen wird auch heute kein endgültiger Beschlus erwartet, da sich die Parteiführer nicht ohne Rücksichtnahme mit ihren Fraktionen festlegen wollen. Welche innerpolitischen Auswirkungen die verzögerte Bekanntgabe der obersten Entscheidung nach sich ziehen wird, kann erst gesagt werden, wenn die Dauer der Verzögerung bekannt ist. Allgemein rechnet man mit der Bekanntgabe nicht vor Ende des Monats. Für die Frage der Kabinettsbildung, die gewisse Kreise in jedem Falle möglichst schnell gehen wollen, wird die morgige Rede des Reichskanzlers in der Zentrumsfraktion von außerordentlicher Bedeutung sein, weil nach dieser Rede seine Haltung festzulegen wird.

Zentrumsparteitag.

Berlin, 18. Okt. Der für den Monat Oktober in Aussicht genommene Parteitag des Zentrums soll, wie aus parlamentarischen Kreisen mitgeteilt wird, erst im November oder Dezember stattfinden. Als Tagungsort ist Berlin bestimmt. Wenn die nächsten Vorarbeiten nach gelehrt werden können, soll auch die Frage eines Programms der Zentrumspartei auf diesem Parteitag entschieden werden. Ferner sollen der Parteivorstand und die Reichstagsfraktion der Zentrumspartei für morgen vormittag zu einer Sitzung einberufen werden. Es wird angenommen, daß diese Sitzung die endgültige Entscheidung des Zentrums zur Kabinettsfrage bringen dürfte.

Frankreichs auswärtige Politik vor der Kammer.

Paris, 18. Okt. Die außerordentliche Session der Kammer ist heute nachmittags eröffnet worden. Briand erklärte, es sei auf die Interpellationen über die allgemeine Politik der Regierung und über die auswärtige Politik der Regierung miteinander zu verbinden. Als erster Interpellationsvordner behandelte der Radikale Marinie, daß Deutschland einen beträchtlichen industriellen Einfluß im Andriensgebiet von Oberitalien behalten solle. Er brachte sodann seine Befriedigung darüber aus, daß Briand selbst Frankreich in Washington vertreten werde. Der Monarchist Daudet erklärte, die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen in Deutschland sei fünf Wochen nach der Ermordung des spanischen Königs erfolgt. Die Regierung habe keine Erklärung abgegeben eine klare bestimmte Politik zu verfolgen, die zum Ausdruck komme durch das Abkommen von Wiesbaden.

Briand bekräftigt, daß er jetzt habe, Frankreich solle sich die Ohren verstopfen. Er habe gefast, Frankreich habe Arbeit und Vertrauen zu sich selbst nötig. Die Worte der Ermittlung, die fortwährend an Frankreich gerichtet würden, könnten es nur benutzigen. Der Kranke müsse Vertrauen zu sich haben. Aber das alles könne nur in Ordnung und in Frieden erreicht werden. Den Frieden wolle er aufrechterhalten, solange dies möglich sei, und er habe dem Lande den Rat gegeben, nicht auf Provokationen zu hören. Leon Daudet forderte die Kammer auf, allen Deutschen zu misstrauen, namentlich aber Stresemann und Rathenau. Stresemanns Partei sei die alte Partei Bismarcks, aber auch den Sozialisten könne man nicht trauen. Nach dem Bericht der „Agence Havas“ soll Leon Daudet gesagt haben:

„Ich liebe die deutschen Sozialisten und Republikaner sehr, weil ich Deutschland die Welt wünsche.“

Daudet sagte schließlich, man hätte Deutschland die Hände an den Hals zu legen und die Ruhr besetzen müssen. Briand aber habe die französischen Soldaten nicht mobilisiert.

Abn. Penroux vom nationalen Block bedauerte, daß Briand die gerechte Sache des Obersten Rates nicht habe zum Siege führen können. Briand erwiderte, Frankreich sei im Obersten Rate nicht allein gewesen. Er habe seinen Standpunkt vertreten, aber auch die Verbündeten. Er frage, was Penroux gemacht hätte. Dieser antwortete, er hätte seinen Alliierten eine gute Adresse gewünscht, indem er die Hoffnung auf eine baldige Wiederkehr ausgesprochen hätte.

Briand erwiderte, damit hätte man die Grenzen in Oberitalien nicht festsetzen. Penroux sagte, er sei überzeugt, daß Lord George sich schließlich geweiht und daß Briand Recht behalten hätte. Der Anteil, den der Völkerverbund Deutschland zugesprochen habe, komme für Deutschland vollkommen unerwartet. (1)

Deutschland behalte die Möglichkeit, in Oberitalien seine großen Kriegsanstalten wieder aufzurichten. Der Abgeordnete suchte stattdessen nachzuweisen, daß Deutschland auch eine glänzende industrielle Situation behalte. Briand erklärte, der Friedensvertrag zwinge Frankreich

eine Solidarität auf, die es nicht ohne Gefahr aufgeben könne. Die Befreiung des Ruhrgebiets sei eine Bedrohung gewesen. Penroux sagte, alle Mitglieder der Kammer wollten eine Friedenspolitik. Briand erwiderte, es sei klar, das von der Tribüne herunter zu betonen, aber Frankreich hätte wählen müssen zwischen seiner und einer anderen Politik. Die Vertreter des Landes müßten die Verantwortlichkeit übernehmen. Das erlie sei, dem Lande den Glauben beizubringen, daß die Politik des nationalen Handels neue Kräfte Frankreich schaffe. Er sagte nicht, daß sie in den Krieg führen werde, aber die Unsicherheit werde die wirtschaftliche Regelung unmöglich machen. Daudet rief dazwischen: Und die Sicherheit? Briand antwortete: Sie werden ja sehen, wie Sie das Defizit decken wollen. (S. 2.)

Ein französischer Vermittlungsvorschlag in der Botschafterkonferenz.

Paris, 18. Okt. Nach dem „Echo de Paris“ wird heute Sir Erik Drummond, der Generalsekretär des Völkerverbundes, in Paris ankommen. Man wird sich bemühen, in der obersten Sitzung innerhalb der Botschafterkonferenz ein Kompromiß zu finden. Das Blatt glaubt zu wissen, daß Frankreich einen vermittelnden Vorschlag in der nächsten Sitzung, die wahrscheinlich am Mittwoch stattfinden wird, vorlegen werde.

Einigkeit der alliierten Regierungen?

London, 18. Okt. Wie Reuters erfährt, haben sich alle alliierten Regierungen damit einverstanden erklärt, die Vorschläge des Völkerverbundes mit Bezug auf Deutschland ohne jeden Vorbehalt anzunehmen. Sie betrachten es als von höchster Wichtigkeit, daß Deutschland und Polen sich streng nach ihnen richten. Das nach der Erwägung unterliegt, sind einzig und allein die Fragen, die das Verfahren betreffen, insbesondere die Frage der Ernennung einer gemischten Kommission, die die Durchführung der wirtschaftlichen Vorschläge des Völkerverbundes überwachen sollen. Es wird für wichtig angesehen, daß diese erledigt werden, bevor die neuen Grenzlinien der deutschen und der polnischen Regierung bekanntgegeben werden. (S. 2.)

König Ludwig III. von Bayern †.

München, 18. Oktober. Der ehemalige König von Bayern, Ludwig III., ist gestern abend auf seiner ungarischen Besitzung Sarvas gestorben.

Dem einwilligen letzten Bayernkönig aus dem Stamme der Wittelsbacher war es an der Wiege nicht bestimmt gewesen, den Thron zu bestiegen. Er war am 7. Januar 1845 als Sohn des Prinzen Antipold, des späteren Prinzenregenten von Bayern, geboren worden. Anwartschaft auf das Thronerbe hatten vor ihm noch zwei Onkel und danach zwei Vettern. Deren Anwartschaft an Maximilian von Österreich hatten dem Prinzen Ludwig den Weg zum Thron freigemacht. Und nur verhältnismäßig kurze Zeit, nicht ganz sechs Jahre, war es ihm vergönnt, dort seines Amtes zu walten. Am 12. Dezember 1912 hatte er die Regierung angetreten, im November 1918 zwang ihn als erster der in Deutschland regierenden Fürsten der Revolutionsturm, in die Verbannung zu gehen. Seine Erziehung hatte man vorwiegend auf bürgerlichen Grundriss gerichtet, eben weil noch Lage der damaligen Verhältnisse seine Regenshaft nicht ins Auge gefaßt werden konnte. Wohl beiläufig er auch Offiziersausbildung im Heere, aber ein Unfall im Feldzuge von 1890 gab ihm Veranlassung, seine unmittelbaren Beziehungen zum Heere zu lösen. Er wurde bald dem Reichsrat als Mitglied zugeführt, dessen Sitzungen er mit großer Regelmäßigkeit besuchte. An der Universität, wie an der Technischen Hochschule in München hat er wissenschaftlichen Studien obgedacht, hierbei wohl auch den Grund gelegt zu einem lebenslangen Interesse für Wirtschaftsfragen, das sich später in vielbemerkten Reden über Bayerns Schicksalsverhältnisse — Aussehen des Kaiserreiches — offenbarte.

Politisch ließ er anweisen parlamentarische Neigungen durchblicken. Seine Aussprüche erregende Anfuhrer anlässlich der russischen Revolutionserklärungen (1906) vor dem Verein der Deutschen in Moskau: „Wir sind nicht Vasallen, sondern Verbündete des deutschen Kaisers!“, hat vorübergehend zu einer gewissen Spannung zwischen München und Berlin geführt. Die Reichstrome Ludwigs wurde davon indessen nicht berührt. Er hat im Weltkrieg wiederholt die überzeugendsten Bekenntnisse zu ihr abgelegt. Im November 1918 übernahm er die Krone Bayerns in aller Form, nachdem die entgegenstehenden, im formellen Staatsrecht begründeten Verträge — der rechtmäßige König Otto lebte noch in unheilbarem Irren — vom Ministerpräsidenten Graf Hertling im Verein mit dem Landtage auf gesetzgeberischem Wege gegenstandslos gemacht waren.

Die Gemahlin Ludwigs III., Maria Theresia, starb kurz nach Beendigung des Weltkrieges, in dessen Verlauf das mit neun Kindern gesegnete Herrscherpaar die goldene Hochzeit hatte feiern können. Die Volkstümlichkeit Ludwigs III. hat unter seiner Entfremdung nicht gelitten. Im Gegenteil darf gesagt werden, daß die große Mehrheit des Bayernvolkes dem großen Herrn je länger um so mehr ihre Berechnung wieder zuwandte. Stellenweise nahmen die Duldungen der urbanen Bevölkerung demonstrativen Charakter an.

Finis Austriae?

Von Graf E. v. Redwitz.

Es ist in der letzten Zeit merkwürdig still geworden um die Anschlussfrage. Was man bereinigt — nicht nur in Deutschland und Österreich — auf Grund des berühmten Selbstbestimmungsrechtes für unmittelbar bevorstehend gehalten, ist vor dem Nachspruch unserer Anwohneren zurückgeblieben. Denn Deutsche sowohl wie Österreichische sind nicht mehr Herren ihres Geschicks; hier wie dort gebietet und entscheidet allein der Wille der Feinde, vor allem Frankreichs. Man wollte alle Stimmen zum Schweigen bringen, die im Widerspruch zu den Bestimmungen des „großen Friedenswerkes“ nach der Vereinigung mit den Brüdern riefen, aber eines vermochte man nie: dieses Werk auch lebensfähig zu machen, zu verhindern, daß Versailles und St. Germain den Völkern am Verhängnis wurden. Vor allem aber dort, wo man mit Gewalt das unnatürliche Gebilde geschaffen: Österreich, das schon bei seinem Entstehen den Todeskeim in sich trug. Das alte Österreich wurde zerstückelt und ohne Rücksicht auf kulturelle und wirtschaftliche Notwendigkeiten in Einzelstaaten aufgeteilt, denen das neue Österreich alles geben mußte, was es an Kraft und Saft besaß. Seiner Bahnen, Kohlen, Wälder, aller seiner reichen, hochkultivierten Gebiete beraubt, die das alte Österreich mächtig gemacht, von seinen natürlichen Abgabebieten abgeschnitten, war Österreich ein totgeborenes Gebilde und kein endaltiger wirtschaftlicher Aufwuchs konnte nur eine Frage der Zeit sein. Die furchtbare Not des Landes fand ihren schmerzlichen Ausdruck in dem Sturz der österreichischen Salutar, der im Lande phantastische Preise erzeugte, die eine fortwährende innere Revolution des Staates und Volkes zur unumkehrbaren Folge haben mußten. Um die allgemeine Not von den arbeitenden Klassen abzuhalten, erzwangen die Arbeiterparteien und Gewerkschaften durch fortwährende Streiks und Gewaltakte die Bewilligung ungeheurer Löhne und weitestgehender Unterhaltungen. Heute muß in Österreich ein volles Sechstel der Gesamtbevölkerung vom Staate unterhalten, müssen für die Lebensmittelversorgung jährlich ungezählte Milliarden von der Regierung angeschossen werden, um das Existenzminimum abzuwehren. Während die große Masse des Volkes hungerte, der Mittelstand und mit ihm das alte Österreich ausstarb, schwang sich jene Klasse der neuen Reichlichen empor, die im Ariens an der Not des Vaterlandes, nicht an dem Todesdrinnen ihres Volkes sich bereicherten und in deren Händen sich endlich unsehende Menschen des fast wertlos gewordenen Geldes anhäuferten. Diese Menschen, die reich und mächtig geworden und den Wert des Geldes nie kennen gelernt hatten, erzwangen durch ihre maßlose Verschwendung eine nie gekannte Verbitterung im Volke, die zusammen mit der Schwäche der Regierung eine Anarchie im Staate schuf, die, von Tag zu Tag fortschreitend, den Untergang Österreichs beschleunigt. Der Einfluß der Zentralregierung auf die Länder war zeitweise ebenso gering wie der der politischen Parteien auf ihre Anhänger, aber alle waren feilsch in der Heberzeugung, daß dieses Dalinstehen des Staates und der Wirtschaft notwendig zum Zusammenbruch und zur Auflösung Österreichs führen müsse. Anarchie oder wollte die Entente, die der Friede von St. Germain moralisch zum Teil sogar veranlaßt zur wirtschaftlichen Wiederaufrichtung Österreichs verpflichtet, nicht ausreichende Hilfe leisten, so blieb für Österreich nur ein Weg der Rettung: der Anschluss an Deutschland. Und doch hat Österreich diesen Weg nicht beschritten, der durch den Beschluß der Wiener Nationalversammlung vom 1. Oktober 1920 vorzeichnet war, weil es einfach, daß noch schlimmere Not vor der Tür stand, wenn der andere Reichsteil seine Trostungen in die Tat umsetzte und die umliegenden slavischen Völker in das Land einfallen ließ. Denn das bedeutete das Ende des Deutschtums in der Donau, nach dem Zusammenbruch des Staates und der Wirtschaft den Tod des Volkes.

Und Deutschland? Auch im Reich hat man einsehen müssen, daß die Vereinigung Österreichs mit dem Mutterlande leicht nicht vollzogen werden kann. Doch nur zu leicht vertritt man sich auf bessere Zeiten und vertraute darauf, daß die Einigung einer großen Nation von außen her dauernd nicht verhindert werden kann. Ich spreche nicht von denjenigen, die dem österreichischen Anschlussgedanken aus mehr oder weniger kleinlichen Erwägungen a priori ablehnend gegenüberstehen. Säre ihre Zahl bedeutend, so würde es schlimm um uns denn ein Volk dem seine Einheit wie seine Freiheit nicht über alles geht, ist sehr für den Untergang. Aber auch diejenigen, welche die Vereinigung mit den Sturmpropheten, seit Jahrzehnten hart um ihr Deutschtum rühmenden Österreichern mit Freuden begrüßten, haben für die Verwirklichung des großen Gedankens herzlich wenig getan. Gewiß, auch Deutschland ist arm geworden, erschreckend arm; aber hat es wirklich nicht mehr als schöne Worte, wenn erziehende Brüder um Hilfe rufen? Die französischen Trostungen können es nicht allein verschuldet haben, daß es um die deutsche und geistige Gemeinshaft Deutschlands und Österreichs heute schlechter bestellt ist als selbst in der Zeit vor dem Krieg.